

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 26

Artikel: Gut war keiner
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093052>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bohdan Gorski im Rückblick auf die polnischen Wahlen

Gut war keiner

Die Demokratie, heisst es, sei für Politiker mit weichen Zähnen eine harte Nuss. Auf jeden Fall aber waren die polnischen Wahlen ein harter Unterricht über die Rolle von Politikern in einer demokratischen Gesellschaft.

Ich habe den Wahlkampf in Polen miterlebt und kam mir zunächst vor wie in einer surrealistischen Galerie. Ich lief von einer Versammlung in die andere, und mit dem Propagandamaterial der Kandidaten hätte ich eine ägyptische Pyramide bauen können, als Sinnbild einer unpassenden Gegenwartsgrösse.

Für den ersten Wahlgang war das Hauptargument von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki in abgewandelten Formen immer die Behauptung, Lech Walesa wolle der Exekutive ein Übergewicht geben und verachte die Legislative. Adam Michnik seinerseits, der prominenteste Wahlhelfer des Regierungschefs, legte kunstreich seine tiefpersönlichen Gründe für seine politische Gegnerschaft zu Walesa dar.

Schlechte Regierungspolitik ...

Indessen scherte sich die Bevölkerung wenig um die narzisstische Rhetorik beleidigter Persönlichkeiten. Die Polen, krisengeplagt seit Jahrzehnten, wollen endlich wissen, was ihnen die Wirtschaftspolitik bringen soll, und zwar konkret. Was sie direkt etwas

angeht, sind Preise und Löhne, sind Zinsen, Steuern und der Wohnungsbau. An alledem ging der «höher» geführte Wahlkampf des Ministerpräsidenten vorbei.

Die Wirtschaftsmisere wurde global zugegeben und global als Erbe der kommunistischen Planwirtschaft erklärt. Das erinnerte die Leute daran, dass eben unter jenem Regime der jeweilige Vorgänger auch immer an allem schuld gewesen war. Und die neue Devise, man müsse bis zur Funktionstauglichkeit der neuen Strukturen unerlässlicher Weise eine Durststrecke zurücklegen, lässt sich mit der Ordensregel «Ora et labora» übersetzen. Sie war gut und fromm, aber sie war für Gemeinschaften erlassen worden, die ein Armutsgelübde abgelegt hatten. Die Polen wollen zwar arbeiten, aber den Lohn durch Gebete ersetzen, das wollen sie nicht mehr.

Tatsächlich ist der wirtschaftliche Krebsgang der letzten Monate auch durch eine engstirnig auf monetäre Massnahmen ausgerichtete Wirtschaftspolitik provoziert worden, die neben der von niemandem geleugneten schlechten Hinterlassenschaft als eigener Faktor gesehen werden muss. Die deklarierten Ziele sind schon recht. Finanzminister Balcerowicz und der Restrukturierungsexperte Waldemar Kuczynski wurden nicht müde, von Privatisierung, Initiativgeist und freiem Unternehmertum zu reden. Bloss passten die Taten nicht dazu.

Man betrieb nicht nur eine Hochzinspolitik, deren stimulierende oder abschreckende Wirkung ebenso diskutierbar bleibt wie die bloss geschätzten Inflationsraten, sondern zog die Steuerschraube so an, dass den Bauern, Handwerkern, Kaufleuten und Kleinunternehmern die Lust an persönlicher Initiative (wenigstens im Rahmen der Legalität) verging. Man erhöht (auf Januar 1991) Mieten und Strompreise. Der Wohnungsbau nähert sich dem Nullpunkt.

Die Leute, die das erfahren müssen, können keinen Trost in der Versicherung finden, dass das zur «Überwindung der bürokratischen Wirtschaftsstrukturen» gehöre. Die Erbitterung über die Wirtschaftspolitik war zur Zeit der Präsidentschaftswahl im ganzen Land verbreitet.

... und schlechte Alternative

In dieser Beziehung hätte Lech Walesa in der Wahlschlacht eine gute Ausgangslage gehabt, wenn er selber über ein wirtschaftliches Sanierungskonzept verfügt haben würde. Indessen blieb seine Kritik an der diesbezüglichen Regierungspolitik inkohärent in ihren Details und vage in ihrer Gesamtheit. Er opponierte nicht einmal der Regierungsphilosophie, welche die Lösung aller akuten materiellen Probleme einem «gesunden Finanzgebaren» hintanstellt, eine akademische Prioritätensetzung, welche bloss vergisst, dass für die Menschen aus Fleisch und Blut die Priorität gilt, hier und jetzt zu überleben. Zum ganzen Komplex der Vorrangsetzung äusserte sich Walesa so zweideutig, dass man nicht wusste, ob er sich nicht eine ähnliche Gewichtung vorbehalten wolle, wenn er selber zum obersten Sanierer avanciere.

Im ersten Wahlgang erzielten weder Walesa noch gar Masowiecki das erhoffte Ergebnis, aber angesichts dessen, was sie geboten hatten oder für die Zukunft anzubieten wussten, war es gerecht. Würde es einen polnischen Helmut Schmidt geben, könnte dieser sagen: «Sie haben schlecht abgeschnitten, und das haben sie auch verdient.»

Wenn man von zwei dargebotenen Möglichkeiten enttäuscht ist, greift man manchmal zu einer dritten Möglichkeit, die sich dann richtig als katastrophal herausstellt. Und zur Katastrophe für den immerhin ehrlich bemühten Ministerpräsidenten wurde im ersten Wahlgang der bewusste Stanislaw Tyminski (zu seiner Person siehe letzte Nummer). Er schuf eine unvorstellbare Überraschung und warf Mazowiecki aus dem Rennen um den Stichtentscheid. Und Walesa musste sich, um Präsident zu werden, einem Duell stellen, das sowohl ihn selber als auch die polnische Nation entwürdigte.

Jene Polen, die diesem Tyminski ihre Stimme gaben, zeigten ihre Unzufriedenheit mit der Lage in ihrem Land, und dass man



«Keine Streiks mehr in jüngster Zeit; wir haben den Leuten zu hohe Löhne bezahlt.»
(«Prawo i zycie»,
Warschau)

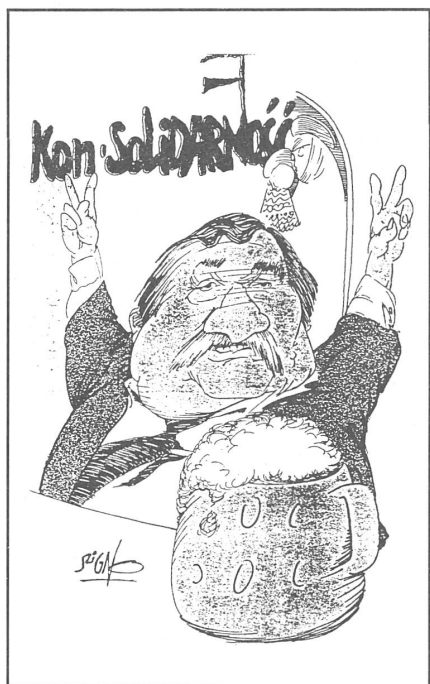
seinem Ärger so Ausdruck gibt, dass es peinlich wird, das kommt auch anderswo vor. Man braucht dieses Zwischenspiel also nicht über Gebühr zu dramatisieren.

Exsicherheitsdienst organisierte Utopie

Indessen ist es wiederum symptomatisch, wie man in beiden Lagern diesen skurrilen Teil der polnischen Realität verniedlichte. Man sah in Tyminski einen bloss puerilen Schwindler und übersah vollkommen, wie fachmännisch seine Kandidatur aufgebaut worden war. Die Sammlung der erforderlichen 100 000 Unterschriften ging blitzartig über die Bühne und liess es nicht beim Minimum bewenden. Dahinter steckte Organisation, und eigentlich hätte es interessieren müssen, von welcher Beschaffenheit denn diese war, wenn man schon Tyminski als Person uninteressant fand.

Und die Organisation war tatsächlich interessant. Nach geschlagener Schlacht durchstörten Journalisten die Wahlbüros Tyminskis und wurden fündig. Man identifizierte mehrere seiner Wahlhelfer als ehemalige Beamte des Staatssicherheitsdienstes, und man fand heraus, dass zu seinen Sponsoren ein paar korrupte Nomenklaturprofiteure von früher gehörten. Es waren diese Seilschaften, welche die Farce inszenierten mit dem Ziel, dem Solidarnosc-Anhang jeglicher Couleur das Wasser abzugraben.

Indessen ist Lech Walesa, der die Solidarnosc ein Jahrzehnt lang personifiziert hatte, Staatspräsident geworden, und im postsocialistischen Polen ist auch die Ära der Solidarität zu Ende gegangen. ■



Lech Walesa. («Ludas Matyi», Budapest)

Siegfried Röder

Adel in Polen

Mit der politischen Wende meldet sich in Polen eine Gesellschaftschicht zu Wort, die von den Kommunisten jahrzehntlang verfeimt war: Aristokraten und Landadlige haben eine Interessengemeinschaft gegründet. Sie wollen versuchen, wenigstens einen Teil ihrer Herrenhäuser und Kunstschätze zurückzuerhalten.

Wie in allen Ostblockstaaten waren sie mit der Bodenreform des Jahres 1944 entschädigungslos enteignet worden. Die Herrenhäuser und Kunstschätze wurden beschlagnahmt, obwohl dies nicht vom Gesetz über die Bodenreform gedeckt war. Soweit sie nicht im Krieg gefallen, von der deutschen oder der sowjetischen Besatzungsmacht ermordet, gefangen oder deportiert worden waren, mussten die alten Besitzer mit ihren Familien den Landkreis ihrer Güter verlassen.

Im Gegensatz zu anderen Ostblockstaaten blieben trotzdem viele Mitglieder auch der grössten Familien Polens wie der Radziwills, Czartoryskis, Potickis oder Zamoyskis im Lande. Besonders in den ersten Nachkriegsjahren schlugen sie sich mühselig durch.

Oft ernährten die Frauen die Familie. Unter anderem verdingten sie sich dank ihrer Sprachkenntnisse bei westlichen Botschaften. Abgesehen von der stalinistischen Zeit verhängten die Kommunisten in Polen keine Sippenhaftung wie in der früheren DDR. Gesellschaftliche Herkunft aus dem Arbeiter- und Bauernstand spielte bei der Zulassung zur Universität kaum eine Rolle. Auch Kinder aus Adelskreisen konnten zumindest seit 1956 studieren. Man trifft sich in den engen Wohnungen zu Beerdigungen, Hochzeiten und Namenstagen. Häufig bleibt man auch beim Heiraten unter sich.

Verschiedene Politiker von heute, wie die stellvertretende Erziehungsministerin Anna Radziwill oder der Vizepräsident des Senats, Andrezej Wielowiecki, kommen aus Adelsfamilien. Wählerinitiativen im Städtchen Zamosc trugen dem Grafen Jan Zamoyski, dessen Vorfahren einst die Stadt gegründet hatten und dessen Familie dort riesige Ländereien besass, bei den letzten Kommunalwahlen das Amt des Stadtpräsidenten an. Der alte Graf – bis zur Pensionierung jahrelang Angestellter der «Swissair» in Warschau – lehnte wegen seines hohen Alters ab, verwies aber auf seinen Sohn Marcin, bis dahin Kameramann für das Erste Deutsche

Fernsehen (ARD). Marcin Zamoyski wurde prompt gewählt.

Der Verband der ehemaligen Gutsbesitzer will den privaten Bauern, soweit sie von der Bodenreform profitierten, ihr Land nicht wegnehmen. Es geht den Gründern vor allem um die moralische Rehabilitierung eines Standes, der in Polen eine so grosse Rolle gespielt hatte und jahrzehntlang diffamiert wurde.

Da der Staat heute kein Geld für die Entschädigungen hat, könnte dies beispielsweise durch Ausgabe von Obligationen mit langer Laufzeit geschehen. Ein anderes Kapitel sind etwa 20 000 Paläste und Herrenhäuser. Viele von ihnen sind in den 45 Jahren kommunistischer Herrschaft völlig ausgeplündert und verfallen, selbst wenn sie den Krieg überstanden hatten. Immer mehr ehemalige Besitzer bemühen sich um Rückgabe. Nur wenige sind wie das Schloss Wilanow bei Warschau gepflegte Museen. Die in Warschau lebende Erbin der letzten Besitzer von Wilanow, Anna Branicka-Wolska, verlangt nicht die Rückgabe des ganzen Schlosses, das schon lange vor dem Krieg als Museum dem Publikum zugänglich war. Sie beansprucht das Verwalterhaus, einige auf dem Schlossgelände befindliche staatliche Restaurants und ein heute mit Brettern vernageltes kleines Spital, das sie für wohltätige Zwecke restaurieren will. Ausserdem will sie die im Schloss befindlichen beweglichen Gegenstände und Kunstwerke aus dem Familienbesitz wieder haben. Mit Ausnahme einiger Andenken sollen sie als Deposit im Museum bleiben.

Vielen Mitgliedern des Verbandes geht es auch darum, dass ihr Familienbesitz nicht im Zuge der Privatisierung vom Staat an finanzkräftige Dritte verkauft wird. Sie wollen zumindest das Vorkaufsrecht für eine symbolische Summe erhalten. Mit der Privatisierung müsse auch eine Reprivatisierung einhergehen. Ihr Verband will eine Lobby für die künftige Gesetzgebung im Parlament schaffen.

Der Verband hat bereits allein in Warschau etwa 600 Mitglieder und wächst von Tag zu Tag. Die Gründer rechnen damit, bald 8000 bis 10 000 Mitglieder zu haben. Örtliche Gruppen wurden in Paris und London gegründet. Andere sollen folgen. ■